

Velobahn-Affäre: Reber bleibt passiv

Die aktuelle Ruhe trägt: SP und FDP fordern einen Schlussbericht und die GPK könnte sich der Sache annehmen.

Michael Nitnaus

Selten dürfte sich der Baselbieter Baudirektor Isaac Reber so auf die Herbstferien gefreut haben wie dieses Jahr. So konnte sich der Sturm der Entrüstung etwas legen, der wegen der Velobahn-Affäre über den grünen Regierungsrat sowie seine Parteikollegen und Landräte Klaus Kirchmayr und Bálint Csontos hinweggefegt war. Noch an der Landratssitzung vom 24. September wurde Reber vor allem von SP, FDP und CVP regelrecht in die Mangel genommen. Zu offensichtlich lag beim Pilotprojekt einer Velohochbahn zwischen dem Prattler Schwingfestgelände und Augusta Raurica der Verdacht der Vetternwirtschaft in der Luft (bz berichtete).

Rebers Direktion weiss nichts von einem Auftrag

Auch Rebers Entscheidung, das Projekt abrupt abzubrechen, konnte die Gemüter nicht beruhigen. Nun geht es um die Aufarbeitung. In der epischen Fragestunde wurde mehrfach der Ruf nach einem Schlussbericht zur Machbarkeitsstudie laut, die Rebers Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) für 145 000 Franken an die Häring AG des alt SVP-Landrates Christoph Häring vergeben hatte. Häring seinerseits arbeitet mit der Urb-X AG von Kirchmayr und Csontos zusammen, welche die beheizte Holz-Velohochbahn entworfen hatte.

Reber selbst war es, der in der Fragestunde «in Anbetracht des breiten Interesses» sagte: «Wenn ein Schlussbericht gewünscht wird, kann er gerne erstellt werden.» Für viele Landräte ist die Sache damit klar: «Das war ein deutlicher Auftrag, einen Schlussbericht zu erstellen. Ich würde mich wundern, sollte Reber nun nicht von selbst aktiv werden. Das gehört zu seiner Führungsverantwortung», sagt FDP-Landrätin und Parteipräsidentin Saskia Schenker.

Bloss: Von der bz darauf angesprochen, hält die BUD schriftlich fest: «Die BUD hat derzeit keinen konkreten Auf-



Mit Pauken und Trompeten kündigte Isaac Reber Anfang September das Pilotprojekt Velohochbahn an.

Bild: zvg (9. September 2020)

«Ich finde, dass dies durchaus durch die zuständige Subkommission der GPK abgeklärt werden sollte.»

Hanspeter Weibel
GPK-Präsident (SVP)

trag zum Erstellen eines Berichts zum Pilotprojekt Velohochbahn.» Dieser sei auch nicht erforderlich, da das Projekt ja abgebrochen wurde. Ein Bericht zur vollendeten Machbarkeitsstudie sei zwar denkbar.

Doch brisante Fragen, wie etwa das Ausschreibungsverfahren der Pilotstrecke abgelaufen wäre, könnten darin laut BUD sowieso nicht behandelt werden.

Weibel tritt zurück, fände Aufarbeitung aber richtig

«Das ist für mich absolut unverständlich», wird Schenker deutlich. Wie Nico Buschauer, Sprecher der BUD, präzisiert, bräuchte es einen separaten Vorstoss aus dem Landrat oder der Bau- und Planungskommission, damit ein Schlussbericht anhand genommen würde. Genau das wird wohl geschehen. «Wir werden das auf jeden Fall in der Fraktion diskutieren und würden einen entsprechenden Vorstoss der SP unterstützen», sagt Schenker. Und SP-Parteipräsident Adil Koller

hält fest: «Für mich ist noch zu wenig Licht in der Sache und wir werden schauen, wie wir da etwas ändern können. Ein Schlussbericht wäre das Mindeste.»

Koller bringt noch einen zweiten Weg der Aufarbeitung ins Spiel: «Ich kann mir vorstellen, dass das Ganze ein Thema in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird.» Tatsächlich war es um die GPK bisher erstaunlich ruhig. Deren Präsident Hanspeter Weibel (SVP) schreckt sonst nicht vor heiklen Untersuchungen zurück. Allerdings hat Weibel kürzlich in der «Basler Zeitung» seinen Rücktritt als GPK-Präsident angekündigt. Der Zeitpunkt ist noch offen. «An der kommenden SVP-Fraktionssitzung wird über meine Nachfolge disku-

tiert. Das möchte ich zuerst abwarten», sagt er zur bz. Auch eine Begründung werde er bis dahin nicht abgeben.

Zur Velobahn-Affäre sagt Weibel, dass das Thema in der GPK zwar noch nicht traktandiert sei, aber: «Ich persönlich finde, dass dies durchaus durch die zuständige Subkommission abgeklärt werden sollte.» Schliesslich habe die GPK die Oberaufsicht zwar nicht über den Landrat, aber über Regierung und Verwaltung inne. Für diesen Fall erwartet Weibel, dass der GPK-Vizepräsident in den Ausstand tritt – Bálint Csontos. Brisant: Auch die Ersatzmitglieder der Grünen in der GPK könnten nicht einspringen. Es sind Klaus Kirchmayr und seine Frau Julia Kirchmayr-Gosteli.

Nachrichten

Schwerverletzter nach Streit in Musical Bar

Riehenring In der Musical Bar am Riehenring in Basel kam es am Samstagabend zu einer Auseinandersetzung. Einem 36-jährigen wurde mit einem Gegenstand auf den Kopf geschlagen. Er stürzte zu Boden und blieb bewusstlos liegen. Der Mann erlitt erhebliche Kopfverletzungen und musste in die Notfallstation eingewiesen werden, wie die Basler Staatsanwaltschaft mitteilte. Bisherige Ermittlungen ergaben, dass ein verbaler Streit mit zwei anderen Männern eskalierte. Die zwei verliessen daraufhin die Bar. Später stellte sich einer der beiden, ein 31-jähriger Schweizer. Sein Kollege, der den 36-jährigen verletzt hatte, ist flüchtig. (sda)

Bewaffneter raubt junge Frau in Basel aus

Überfall Eine 19-jährige befand sich am Freitagabend am Matthäuskirchplatz. Dort wurde sie von einem Unbekannten angesprochen und um Geld gebeten. Sie lehnte ab. Wenig später kam er auf seinem Velo wieder zurück und zückte eine Handfeuerwaffe, mit der er auf sie zielte. So konnte er der Frau die Handtasche rauben und flüchtete mit dem Velo in Richtung Kleinhüningen. Mehrere Personen hatten offensichtlich den Vorfall beobachtet, entfernten sich aber vor Eintreffen der Polizei. Die sofort eingeleitete Fahndung blieb erfolglos. (sda)

Mann randaliert mitten in Weil am Rhein

Sachschaden Am Sonntagmorgen hat ein Mann in der Hauptstrasse von Weil am Rhein einen Roller gegen eine parkiertes Auto gestossen und herumgeschrien. Diese Mitteilung ging gegen 3.50 Uhr bei der Polizei ein. Als diese eintraf, war der Mann bereits verschwunden. Er konnte kurz darauf im Bereich Friedlingen festgenommen werden. Es wurde im Nachhinein festgestellt, dass eine Scheibe einer Shishabar sowie mehrere Aussenspiegel von parkierten Autos entlang der Hauptstrasse beschädigt wurden, wie die Polizei weiter schreibt. (bz)

«Wer etwas anderes findet, der geht»

Bei den Alters- und Pflegeheimen Binningen sei das Personal am Anschlag, berichten Mitarbeitende. Der Kanton ist aktiv geworden.

Eine Mitarbeiterin der Alters- und Pflegeheime Binningen schlägt Alarm. Der Betrieb stehe unter enormem Kostendruck. Das senke die Qualität und die Moral. «Wenn es so weitergeht», sagt die Angestellte, die anonym bleiben will, zur bz, «kommt es zu groben Fehlern. Das ist unvermeidlich.» Wer einen anderen Job finde, der gehe.

Zwei Hauptursachen liegen gemäss der Mitarbeiterin den Problemen zugrunde. Bei der Auswahl von Leitungspersonen werde nicht genau hingeschaut. Es gebe Vetternwirtschaft und Fehlbesetzungen zu beklagen. Die Folge seien Mobbing, Burnouts und eine hohe Fluktuation.

Neben dem Kostendruck, unter dem die Pflegebranche generell leide, sei die eigentliche Quelle des Übels das Haus Schlossacker. Es wurde 2014 eingeweiht und bildet das zweite Standbein des 162-Betten-Betriebs, neben dem Haus Langmatten. Der Neubau sei zu gross konzipiert worden und belaste die Rechnung, sagt die Mitarbeiterin – unter den Sparmassnahmen leiden offenbar vor allem die Mitarbeitenden: «Auf meiner Abteilung», sagt die Mitarbeiterin zur bz, «arbeiten im Vergleich zu vor zwei Jahren fast 20 Prozent weniger Leute.»

Die bz konnte auch mit einer ehemaligen Mitarbeiterin der

Binninger Heime sprechen, die ebenfalls anonym bleiben will. Sie bestätigt die erwähnten Vorwürfe. Sie habe die Missstände nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können und sei heute woanders tätig.

Pflegejobs sind sozial und emotional stark belastend

Von ähnlichen Problemen wie im Schlossacker erzählten dieser Zeitung Ende September Angestellte des Basler Demenztums Marthastifts. Die «Basler Zeitung» wiederum schrieb im Januar 2020, um Zeit zu sparen, werde im Schlossacker teilweise auf das tägliche Ganzkörperwaschen von Bewohnern verzich-

«Dem kantonsärztlichen Dienst sind die Vorwürfe bekannt. Es wurden entsprechende Massnahmen eingeleitet.»

Rolf Wirz
Gesundheitsdirektion BL

tet. Während des Coronalockdown erhob der Mann einer Bewohnerin schwere Vorwürfe gegen das Heim. So habe er sei-

ne Frau nicht mehr mitbetreuen dürfen, sie sei abgemagert. Die Leitung stellte sich auf den Standpunkt, man habe keinen Spielraum gehabt – die Vorgaben der Covid-Verordnung seien strikt. Die Bewohnerin sei jedoch korrekt betreut worden. Die Anschuldigungen des Angehörigen erhärteten sich nicht.

Heiko Tschulin, Geschäftsführer ad interim der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen, teilt auf Anfrage mit, man könne «Gerüchte in dieser allgemein gehaltenen Form» nicht überprüfen. Man unterliege starken Regulativen, auch, was die Personalauswahl und -mengen betreffe. Die Fluktuation sei

jedoch, wie in Spitälern und bei der Spitex, «in der Regel höher als bei gewerblich-industriellen Betrieben». Das habe aber «mit der hohen sozialen und emotionalen Belastung» zu tun. Tschulin versichert, bei Verstössen werde man eingreifen.

Die Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion schreibt, die Vorwürfe seien dem kantonsärztlichen Dienst als Aufsichtsbehörde bekannt: «Es wurden entsprechende Massnahmen eingeleitet, deren Einhaltung auch überprüft wird.» Auf Details ging Direktionsprecher Rolf Wirz nicht ein.

Benjamin Wieland